

Volkswacht

für Schlessien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Jernsprech-Anschlüsse: Ochshäufelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Konten: Postfach-Ring Breslau Nr. 5952.

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für 10 Tage 100.- Mt. ...

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich ...

Breitscheid über Paris.

Eine außenpolitische Rede in Breslau.

In einer Mißverständnisse der Sozialdemokratischen Partei sprach gestern im überfüllten großen Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Rudolf Breitscheid über Paris und Berlin. In etwa zweistündiger Rede schilderte der bekannte Außenpolitiker die verdröhlte internationale Lage nach dem Abbruch der Pariser Konferenz und präziserte mit großer Klarheit die Aufgaben des deutschen Volkes, der Reichsregierung und unserer Partei für die nächste Zukunft. Er schilderte den Rechtsinhalt der angeblichen „Verhandlungen“ Deutschlands in den Holz- und Kohlenlieferungen und betonte, daß Frankreich gegenwärtig Kohlenüberschuß habe und die kontraktierte „Verfälschung“ in der Kohlenfrage daher nur als Vorwand brauche. Wenn wir rein parteipolitisch urteilen wollten, so könnten wir besonders scharf darauf hinweisen, daß gerade ein rein bürgerliches Kabinett, das die Unterstützung der Industrie genieße und dem man daher besonders günstige Vorbedingungen für die Verständigung mit den kapitalistischen Weltmächten zusprach, diesen Zusammenbruch der friedlichen Verständigungsversuche erleide. Von sozialdemokratischer Seite sei der gegenwärtige Reichstagskanzler nicht gebildet worden, alle auf ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte ihm zunächst kein Mißtrauensvotum in den Weg gelegt, damit er zeigen könne, was er vermöge. Es scheint aber, als ob die Industrie selbst dieses Kabinetts noch nicht willfährig genug gefunden hätte, um es voll zu unterstützen, als ob Stinnes sich nicht damit begnügen wolle, nur „ein Stück Verfassung“ zu sein. Die Leute, die früher schon blöde Verhandlungen der Reichsregierung mit den Gewerkschaften zum Anlaß lauter Klagen über „Rebellenregierung“ gemacht hätten, die Großindustriellen, verhandelten handig mit dieser Regierung über ihre außenpolitischen Vorschläge und auch Heilreich fühlte sich in der Reichsregierung wieder recht wohl. All diesen kreditfähigen Freundschaften zum Trost hat die Entente auch diese Regierung nach einem Ausbruch von Stinnes nicht genügend „disziplinär“ gefunden. Wir befinden uns

Schon stünde der Dollar 2000! Die Differenz zwischen Breiten und Löhnen, d. h. die Verelendung, nähme zu. Wichtig: Industrie, wie zum Beispiel große Teile der Eisenindustrie, seien infolge der Anspannung der deutschen Wirtschaft an die Weltmarktpreise nicht mehr konkurrenzfähig. Stilllegung, Arbeitslosigkeit, bedrohlich zunehmende unsere Wirtschaft. Inverhältnis und Kindersterblichkeit dehnen sich aus. Die Nationalisten aber jubeln, und nicht nur die Nationalisten in Paris, sondern auch die in Deutschland, die den Bankrott der Erfüllungspolitik verkünden. Gätten wir aber in Versailles nicht untergeschrieben, hätten wir mit dem Londoner Ultimatum abgelehnt, dann würden wir jetzt keinerlei Opposition gegen Poincaré in der Welt feststellen können. Niemand, auch die Arbeiter Englands und Frankreichs nicht, würden uns dann unseren ehrlichen Wiedergutmachungswillen glauben. Wenn wir aber nicht bloß Augenblickspolitiker machen wollen, sondern noch an eine weitere Zukunft denken, bleibt diese Opposition der Arbeiterklasse unsere Stärke. Mag der Nationalismus gegenwärtig die Situation ausmanövrieren und Schaum vor seinem Puff sehen, den Weg ins Freie weist er nicht zu zeigen. Der Appell an die Macht hat nirgends weniger Sinn als bei uns, wo die verletzten Gewehre höchstens gegen die Arbeiter angewandt sind. Gerade jetzt müssen wir daran festhalten,

jede Einheitsfront mit dem Nationalismus abzulehnen. Die Politik der französischen und englischen Kapitalisten und Imperialisten verurteilen wir, aber den Teufel kann man nicht mit Beelzebub, den Imperialismus der Weltmächte nicht mit dem deutschen Nationalismus austreiben. Wir haben auch keine Ursache, gegenwärtig der Regierung Cuno die Verantwortung für die Politik abzunehmen, die sie getrieben hat, und wären sehr froh, wenn wir uns jetzt, so notwendig Koalitionspolitik in gewissen Lagen ist, in die Reichsregierung drängen würden. Mag das Bürgerturn zeigen, was es kann. Wir werden keine Regierung unterstützen, wo sie im Interesse der Gesamtheit handelt, werden sie bekämpfen, wo sie bürgerliche Klasseninteressen allein wahrnimmt. Nichts wäre falscher, als sich gegenwärtig zu einer Aufgabe der Erfüllungspolitik proporzieren zu lassen. Freilich müßten für diese Erfüllungspolitik die Leistungen der letzten Monate herangezogen werden und die Erfüllungspolitik darf nicht zum Vorwand für die Abschaffung des Prinzips des Achtstundentages genommen werden. Die Lagen der Arbeiterklassen sind in der letzten Zeit offenbar schon überreichlich geworden. Ein Moratorium im Klassenkampf können wir nicht geben. Was die deutsche Regierung leisten will, ist leider nicht öffentlich gesagt worden. Bei einem entsprechenden Moratorium könnte man wohl bis zu der Summe von 50 Milliarden gehen. Die Garantien der Industrie und der Landwirtschaft sind ebenfalls bisher öffentlich nicht näher umschrieben worden. Man kann aber nicht erwarten, daß es schon Eindruck macht, wenn wir das bloße Vorhandensein solcher Garantien behaupten. Wir müssen in den schwersten Zeiten mit besonderer Ruhe den Verhandlungswillen der Zukunft pflegen. Wenn das englische Parlament zusammentritt, werden wir die Stimme unserer englischen Brüder hören und die nächsten französischen Wahlen werden die Enttäuschung der französischen Volksmassen durch den Nationalismus beweisen. Eine deutsch-französische Verständigung der Zukunft als Kern der Vereinigten Staaten Europas wird erst den Weg zum Weltfrieden weisen können, dessen letzte Garantien nur der Sozialismus geben kann.

Lebhafter Beifall unterbrach die klaren und eindrucksvollen Ausführungen an verschiedenen Stellen und dankte dem Redner besonders noch am Schluß. Einstimmig sah die Versammlung von einer Diskussion über das Referat auf Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Landtagsabgeordneten Winter, ab, um den Eindruck der einleuchtenden Ausführungen nicht abzuschwächen.

Militärische Vorbereitungen.

Die Berliner Morgenblätter bringen eine Reihe von Meldungen aus Westdeutschland über französische Vorbereitungen zum Vormarsch. So seien die französischen Truppen schon im großen Umfang an die Grenze des besetzten Gebietes, namentlich nach dem Ruhrgebiet hin, vorgerückt worden. In den Kasernen der Besatzungstruppen in Düsseldorf herrsche friedliches Leben. Auf den Straßen zeigen sich zahlreiche Panzerautomobile und mit Truppen besetzte Lastkraftwagen. Auf den Straßen Köln-Koblenz und Koblenz-Trier sei der Güterverkehr zum Teil zum Erliegen gebracht, um die Strecken für Truppentransporte frei zu haben.

Agence Belge meldet: In Belgien wird, wie gemeldet wird, gegenwärtig eine Truppenabteilung in Bereitschaft gestellt, die an den Operationen im Ruhrgebiet teilnehmen soll. Neue Jahrgänge werden nicht einberufen werden.

Wann werden die Amerikaner am Rhein zurückgezogen?

Während des weiteren Verlaufes der Debatte im amerikanischen Senat wies der Kriegssekretär die Gerüchte zurück, daß an General Allenby Weisungen ergäben seien über die Zurücknahme der amerikanischen Truppen in dem Augenblicke, wo Frankreich den Vormarsch antreibe.

Die Amerikaner werden also den Franzosen vielleicht den Durchmarsch verweigern, ebensowohl die Engländer. Die Belgier dürften das aber kaum tun.

Ein Dollar (vorbörslich) 10400 Mark

Der Faschismus in Oberschlesien.

Auf der freigewerkschaftlichen Betriebsratkonferenz für Oberschlesien hat Genosse Franz am Sonntag eine Reihe neuer bedeutlicher Äußerungen des Faschismus in Deutsch-Oberschlesien öffentlich festgehalten. Auf der anderen Seite gehen uns in den letzten Tagen beruhigende Meldungen über bewaffnetes Bandenunwesen in Oberschlesien zu, das bereits ernsthaftlich polizeilichen Charakter rechtsradikaler Färbung anzunehmen beginnt. Offenbar sind erhebliche großindustrielle Mittel, dafür zur Verfügung gestellt und Verbindungen mit Bayern, die schon lange bestanden, verhärtet worden. Wir kommen auf diese Dinge noch ausführlich zurück, möchten aber schon heute feststellen, daß der mit besonderen Vollmachten ausgestattete Oberpräsident von Oberschlesien samt seinem Oberpräsidialrat, ebenso als der für die Polizei verantwortliche Regierungspräsident von Oppeln durch ihre Untätigkeit uns zur öffentlichen Feststellung einer Entwürdigung nötigen, die im gesamtdeutschen Interesse besser auf dem Verwaltungsweg abgehandelt werden sollte.

Der Amtliche Preussische Pressedienst erzählt, die polizeiliche Polizei erblickt in der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ lediglich eine Fortsetzung der vom Minister des Innern am 15. November verbotenen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. Sie leitet deshalb gegen alle Mitglieder der Großdeutschen Arbeiterpartei ein Strafverfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ein. Es verhindert alle ihre Veranstaltungen mit politischen Mitteln.

Cunos friedliche Rechtsverwahrung.

Reichstagskanzler Cuno empfing heute vormittag die höchsten Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und gab ihnen folgende Erklärungen: Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. Frankreich scheint sich zu dem Verzicht anzuschließen, keine Ansprüche im Wege des Zwanges, der Gewalt, durchzusetzen. Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich habe schon in meiner Bremer Rede gesagt, daß jede Zwangsmassnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größerem Ernst und Nachdruck wiederholen, denn so sehr wir bereit wären und es auch noch bereit sind, freiwillig und gerührt auf unsere Wirtschaft, mit unserer Leistung bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgend einem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Inkriegesgesetz und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Friedens gehen. Unter Druck und Zwang werden wir nicht handeln. Wir können der Gewalt nicht mit Gewalt entgegenzutreten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unerwartung und die Notwendigkeit des französischen Vorgehens der Welt in ihrem vollen Maße zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt, Frankreich versucht, die geplante Aktion mit dem Scheine des Rechts zu umkleiden, indem es von Sanktionen und Pfändern spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeheuerlich er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Alliierten beliebige Eingriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten.

Zur Sicherung ihrer Forderung aus dem Vertrage, namentlich zur Sicherung der Reparationsforderungen, halten die Alliierten für bestimmte Zeit die Rheinlande besetzt, eine Garantie, wie sie Härter und brücker wohl in keinem Friedensvertrage zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des Besatzungsrechtes regelnden Abkommens halten oder wenn es sogar seine Hand noch über die Rheinlande hinaus auf unbefestigtes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines völkerrechtlichen Rechtes, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein mehrheitliches Volk.

In einer weiteren Unterredung mit einem Vertreter der Londoner „Times“ ist der Reichstagskanzler noch einmal auf sein Friedenspaktangebot zurückgekommen. Er hat verneint, darzulegen, daß in dem Angebot mehr enthalten war, als im Friedenspakt des Völkerbundes, der abgelehnt im Versailler Vertrag steht, der aber Deutschland, so lange es nicht Mitglied des Völkerbundes sei, nicht binde. Auch die Unabhängigmachung der Kriegserklärung von einer Volksabstimmung, deren Vorschlag als Bluff wirken mußte, verläuchte Cuno in dieser Unterredung zu begründen — leider etwas spät, nachdem das Angebot in seiner unvollkommenen Form, bereits erledigt werden konnte. In einer Aussprache zwischen den Regierungen, hätte sich Cuno Klärung gelast werden sollen. Bekanntlich ist aber nicht einmal die rechtzeitige Anmeldung Bergmanns in Paris erfolgt, weil die Reichsregierung bis zum letzten Augenblicke noch mit der Großindustrie über den Inhalt des Angebotes verhandelte, statt sich und ihre Freunde streng auf die außenpolitische Lage einzustellen.

in der kritischsten Situation seit dem Kriegsende. Der Vollständigkeit halber könne man verzeichnen, daß gegenwärtig unter der Hand sogar wieder Bemühungen begonnen hätten, die Sozialdemokratie in die Regierung hineinzuziehen.

(Bewegung und Heiterkeit.) Breitscheid schildert dann im einzelnen den Inhalt der verschiedenen Vorschläge auf der Pariser Konferenz, von deren Ausgang auch die größten Hoffnungen noch entzündet seien. Er geht dabei besonders auf die französischen Kontroll- und Pfänderverordnungen ein, die er als rücksichtslose Bedrohung charakterisiert, die diesmal bis aus Markt der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volksgesundheit greife. Kritik schildert er dann auch das englische Programm und stellt fest, daß Mussolini es aus rassistischen Gründen ablehnte, in den englisch-französischen Konflikt einzugreifen und daß daher Frankreich sich jetzt das Recht widrsprecht, selbständig vorzugehen und alle in Paris vorgeschlagenen Maßnahmen durchzuführen. Genau genommen, sei dies freilich nicht Frankreich, es seien nur seine verschiedenen Klassen. Auf Grund persönlicher Eindrücke schildert Breitscheid dann objektiv die Lage in Frankreich, das durch die Zerkünderung seines Kriegesgebietes, die zum Teil auf deutsche Konkurrenz zurückzuführen ist, viel schwerer gelitten hat als England. Frankreichs Schulden an England seien nicht erlassen, seine Regierung hätte große Vorschläge für den Wiederaufbau auslegen müssen. Das Volk fürchte schließlich immer noch eine deutsche Revanche und die Gefahr beruhe nicht dabei mit einem Schein von Recht auf die großen Worte der deutschen Nationalisten.

Die französische Politik sei Wahnsinn, aber die deutschen Nationalisten schüren diesen Wahnsinn noch,

wie es ja überhaupt nichts Internationaleres gebe, als den sich gegenwärtig führenden Nationalismus. Breitscheid schildert dann die aus Jurawahlen hervorgegangene französische Kammer, die Psychologie des engstirnigen, geldbedürftigen und unwissenden französischen Kleinbauern und Poincaré, des Exponenten dieser Kammer, der ein unfruchtbarer Avokolat wäre, wie Schloß auf seinem Schein bestehend. Er schildert die Auffassung vieler ehrlicher Franzosen über den absichtlichen Bankrott Deutschlands. Auch diese Auffassung sei falsch, sie übersehe das Elend der breiten deutschen Volksmassen, aber sie würde durch den Schlemmerluxus gewisser deutscher Bevölkerungskreise, durch die Luxusbauten in Berlin und anderen Orten, durch die Profite empfindender Großunternehmer, genährt. Hinter dieser französischen Volksstimmung steht als

Hauptinteressent die französische Großindustrie, die die deutsche Ruhrkohle als Ergänzung der lothringischen Minette wünsche, um darauf einen Montanrausch aufzurichten, der 64 Prozent der europäischen Eisenproduktion und 69 Prozent der europäischen Kohlenproduktion umfassen würde. Breitscheid zitiert einen französischen Großindustriellen, der ihm diesen Plan entwarf und es dabei aussprach, daß dafür sowohl eine Verständigung mit der deutschen Großindustrie wie auch Gewaltanwendung in Frage kommen. Dazu kommen die französischen Militärs, die nach dem linken Rheinufer streben. Zu spät würden die Massen des französischen Volkes aus dem sinkenden französischen Kredit die wirtschaftliche Schädigung Frankreichs durch solche Pläne erkennen. Ganz Europa würde dadurch in den Abgrund gerissen werden. Die Hoffnungen auf England seien durch Bonar Law ebenso enttäuscht wie durch Lloyd George. Kleinasiatische Delinquenten und die Gefährdung der Kontrolle über die islamische Welt durch einen Konflikt mit Frankreich seien dafür maßgebend gewesen. Eine aktive Abwehr französischer Gewaltpläne durch die englische Regierung sei nicht zu erwarten.

Wirtschaftliche Katastrophenpolitik.

Poincaré steht vor den Toren. Die Periode gemeinsamen Handelns der beiden siegreichen europäischen Großmächte, Frankreichs und Englands, scheint zunächst abgeschlossen. Sie vermochten nicht, eine, ihren beiderseitigen vermeintlichen Interessen entsprechende gemeinsame Lösung der Reparationsfrage, des brennendsten europäischen Problems, zu finden. Ihre Wege trennten sich, und damit ist der Zustand erreicht, den verantwortungslose Kräfte mehr Jahre lang herbeisühten, dessen Nahen wir dagegen stets als für das deutsche Reiches Schicksal äußerst verhängnisvoll angesehen haben. Heute jubelt in Deutschland keiner; auch bei denen, deren Politik sich in der Spekulation auf Frankreichs und Englands Uneinigkeit und auf die Förderung eines Bruchs zwischen ihnen beschränkte, ist es still geworden. Abermals gehen wir Zeiten entgegen, deren Entwicklung im einzelnen wir noch nicht zu übersehen vermögen, über deren furchtbare Schwere jedoch Einigkeit besteht.

Kommenden Wochen wird man die Entscheidung darüber überlassen dürfen, welche Erlöse die Ablösung der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth durch die „Politik des ehrbaren Kaufmanns“ der Regierung Cuno gezeitigt hat. Schadenfreude über den größten Misserfolg der deutschen Reparationspolitik seit zwei Jahren liegt uns fern. Denn auch unsere Sache ist es, die durch eine unzulängliche Vertretung aufs Schwerste geschädigt worden ist. Eine Regierung, der die vorige angeblich aus außenpolitischen Notwendigkeiten weichen mußte, die sich angeblich infolge ihrer rein bürgerlichen Zusammenfassung mit vorwiegend völksparteilichem Einschlag des belandenen Vertrauens der hochkapitalistischen Regierungen des Auslandes erfreute, deren Bildung Besprechungen zwischen führenden deutschen und französischen Industriellen vorausgegangen waren und der die Unterstützung der Industrie angeblich eine besondere Wertschätzung des Auslandes eingetragen hatte, ist nicht einmal zu einem Wort bei der Gegenseite, geschweige denn zur Aussprache unter Gleichberechtigten, zugelassen worden. Das Terrain, das Wirth und Rathenau unter Mühen und Beschimpfungen ihrer innerpolitischen Gegner in mühsamem Kampf der Entente abgerungen hatten, hat die rein bürgerliche Regierung in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits wieder aufgeben müssen.

Schwierige Zeiten stehen uns bevor, Zeiten, in denen wir wesentlich auf uns allein angewiesen sein werden. In solchen Augenblicken mühten, sollte man meinen, die verantwortlichen Männer alle Anstrengungen machen, um, so weit es auf uns selbst ankommt, die innere Kraft des Reiches zu stärken und gegenüber den Gefahren beschleunigten Valutasturzes, verschärfter Teuerung, verstärkter Not und vermehrter Auseinanderstrebens politisch und wirtschaftlich die staatliche Macht aufrecht zu erhalten. Mochte der jetzigen Reichsregierung bei der Einkommenbesteuerung, der Veränderung der Zwangsanleihegesetzgebung, der Preisbemessung für das Umlagegetreide der Wille ihrer Auftraggeber wichtiger sein, als das in allen diesen Fragen mit dem Interesse der großen Schicht der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammenfallende staatliche Wohl; in einer Schicksalsstunde wenigstens durfte man erwarten, daß die Regierung einen Zug von Größe zeigen und sich über engstirniges bürgerliches Klasseninteresse zu erheben verstehen würde. Das Gegenteil davon ist der Fall.

Sind durch die neue Einkommensteuerregelung die Bezüge der großen, nicht dem Lohnabzug unterworfenen Einkommen, durch das neue Zwangsanleihegesetz die Bezüge der großen Vermögen, durch die Getreidepreiserhöhung die Landwirte die Nutznießer der Ernährungs- und Steuerpolitik der Regierung, so ergießt sich nunmehr das Füllhorn des Segens über Industrie und Außenhandel. Jedem das Seine! Reichswirtschaftsminister und Reichsfinanzminister machen bekannt,

daß die Erhöhung der Ausfuhrabgabe vom 30. August 1922, die bekanntlich Zuschläge von 30 bis 60 Prozent auf die Positionen des Ausfuhrabgabebtarifs vorsah, aufgehoben ist. Damit sind, wie ein bürgerliches Berliner Blatt befriedigt feststellt, „die bekannten, allerdings oft weitergehenden Wünsche der Exportindustrie und Exporteurkreise zunächst erfüllt“.

Der geltende Tarif betrug im August für die meisten Waren 2 bis 4 Prozent und wurde durch den eben erwähnten Zuschlag für diese auf 2½ bis höchstens 6 Prozent erhöht. Die Behauptung, daß durch die Ausfuhrabgabe und ihre Erhöhung die Ausfuhr behindert wurde, trifft nach der Statistik für den Export von Fertigwaren nicht zu. Dieser hat sich im Gegenteil vom Anfang bis zum Ende dieses Jahres um rund 30 Prozent gehoben. Was an der Ausfuhrabgabe auch mit Ausschlägen zu bemängeln war, war vielmehr die Tatsache, daß ihre Höhe bei weitem nicht ausreichte, um auch nur einen nennenswerten Bruchteil der Valutagewinne der Industrie an der Quelle zu erfassen. Man bedachte: beim Dollarkurs von 7—8000, d. h. des sechshundertfünfzig bis zweitausendfachen des Friedensstandes und entsprechend gegenüber den Vorkriegspreisen gestiegenen Exportpreisen bezog die deutsche Industrie im Dezember Kohlen zur Hälfte des Weltmarktpreises, inländische Rohstoffe gleichfalls, weit unter ihm bezahlte sie ihre Arbeiter, wenns hoch kam, mit dem 400—500fachen des Friedenslohnes, verfrachtete sie ihre Waren in Deutschland zu niedrigen Tarifen, schickte sie ihre Reisenden und sonstigen Angestellten zum hundertfachen Friedenspreise auf deutschen Eisenbahnen umher und ihre Briefe zum zweihundertfachen in die Welt. Von allen diesen Sondergewinnen, die ihr aus der Differenz zwischen den von ihr erzielten Weltmarktpreisen und den in ihren Waren stehenden zahlreichen Zulandspreisleistungen zufließen, war sie nicht einmal bereit, eine Abgabe von wenigen Prozent zu bezahlen. Und in dem Augenblick, in dem der Dollar sich zu neuen Sprüngen anschickte und die Valutagewinne sich entsprechend mehrt, in dem es gilt, die finanzielle Küftung des Staates zu stärken und alles zu tun, um der Teuerung und der Verarmung Einhalt zu gebieten, indem der Staat die Ausfuhrabgabe erhöhen müßte, ermächtigt er sie stattdessen und wirft den an sich schon alle Vorteile der freien Wirtschaft genießenden Industriellen ein freiwilliges Milliarden-geschenk durch einen Abgabenabbau in den Schoß. Anstatt die Valutagewinne entsprechend der steigenden Tendenz des Dollars zu erhöhen, wird dem Exporteur in einem Augenblick, in dem er noch mühselose Ausfuhr-gewinne erzielt, eine weitere Erleichterung gewährt, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie späterhin aufs empfindlichste beeinträchtigen wird, und eine staatliche Einnahmequelle leichtfertig verschüttet. Was für Entwicklungen, welchen hemmungslosen Preisaustausch die Regierung durch solche Handlungsweise unterstützt, dafür genügt es, in diese oder jene Fachzeitschrift einen Blick zu werfen. Der „Holzmarkt“, das offizielle Organ der großen Verbände der Holzinteressenten, bringt in seiner Nummer vom 5. Januar über den großen Suchenholstermin in Northeim am 3. und 4. Januar folgenden Bericht, der für sich selbst spricht:

„Beim Beginn der Auktion setzte gleich von Anfang an ein tolles Bieten ein. Die ersten drei Lote brachten 180 000 bis 193 000 Mark und so ging es dann weiter bis über 200 000 Mark (für den Feimeter) hinaus: ein Bieten in der Oberförkerei Bovenbren brachte am ersten Tage sogar 250 000 M. Die Preise liegen derzeit weit über dem Weltmarktpreise, daß man sie garnicht daran messen darf. Wenn man für Buchen I. und II. Klasse einen Vorkriegspreis von 25 Mark als Grundlage nimmt und den Durchschnitt der jetzigen Gebote für diese Klassen mit 200 000 Mark einräumt, was ungefähr stimmen wird, dann hat man den 8000fachen Rundholzpreis als Maß gegenüber einem 2000fachen Dollarkurs. Wohin das führen soll, wissen wir nicht, wir können auch nicht daran denken. Die hauptsächlichsten Preistreiber waren die holzverarbeitenden Industriellen, die Holz- und Korbfabrikanen usw., die nie müde waren, anzukündigen, daß die Betriebe nächstens still gestellt werden

müssen. Diese Fabriken führen ihre Produktion nach dem Auslande aus, aber wie sie mit den vierfachen Preisen über Weltmarkt zurecht kommen wollen, ist uns einermöglicher Weise nicht bekannt. Kommt ein Umschwung in der Devisenbewegung, so sind die Folgen nicht auszudenken, trotz der riesenhaften aufgespeicherten Vermögen. ... Der ganze erste Teil der Welt von einem geradezu bedauernswerten Vertrauen in einen weiteren Aufschwung unserer deutschen Währung. ... eine Markstabilisierung auf der Grundlage 8000 oder gar 6000 so könnten die meisten Käufer diese wohl kaum überleben. ... Am Schlusse der Versteigerung konnte man sehen, daß die Käufer sich eigentlich noch mehr erholt hatten; von einem Markstabilisierung nach vierhändigem Ausgeben derart großer Summen ist nichts zu verspüren gewesen. Alle Zahlen begreifen scheinen verwirrt zu sein, gerade wird offenbar überhaupt nicht mehr und die Dutzend von Millionen liegen in Northeim nur so auf der Straße herum. ... Dieser Northeimer Suchenholstermin ist von einer katastrophalen Bedeutung.

Die Ausführungen dieses sachverständigen Organes dem „sachmännischen“ Urteil wohl kaum von irrand einer Seite wird abgesprochen werden können, sollten in zehntausenden von Exemplaren vervielfältigt werden. Man sollte sie in das Arbeitszimmer der Leute hängen, die den mit ihren Löhnen und Gehältern der Teuerung mühsam und unvollkommen nachhinkenden Arbeitnehmern in dem über seinen Artikel drohend erhobenen Zeigefinger nachweisen, daß der Index an der Teuerung und allem Uebel schuld sei. Man sollte sie über das Redneptulst des Syndikats hängen, der im Hausbesitzerverein die Reichsmietergesetz dafür verantwortlich macht, daß keine neuen Häuser gebaut werden. Man sollte sie beim Preisenfentieren jeder neuen Rechnung für die immer teureren Zeitungen mit vorlegen, damit die Leser aller Parteiverbindungen endlich merken, welchen Kreisen sie das Geld der ständigen Preiserhöhungen zu verdanken haben. Und wenn, ganz gleich, ob der Dollar weiter steigt oder fällt die Preise des Holzes und sämtlicher Artikel der holzverarbeitenden Industrie sich förmlich überdrehen, so wird man sich zu erinnern haben, daß nicht der Dollarkurs der Holzpreis in die Höhe treibt, sondern daß Holzindustrie und Holzhandel für das Jahr 1923 auf einen Dollarkurs von mindestens 32 000 Mark spekuliert haben, und daß ihre einzige Sorge die „Katastrophe einer Markstabilisierung“ war.

Poincaré steht vor den Toren! Bedrohter als je sind Staat und Wirtschaft. In diesem Augenblick tun eine maßgebende Industrie entscheidende Schritte, um zur Sicherung gewaltiger Profite den Zerfallungs- und Auflösungsprozess der deutschen Volkswirtschaft zu fördern. Die Beauftragten der Industrie in der deutsche Reichsregierung lästern vor dem Wirtschaftsgewaltigen ihre Zylinderhüte, bauen für sie die Ausfuhrabgaben ab, erleichtern ihnen die Steuern, kurz, verteilen an sie mit vollen Händen auf Kosten des Wohls der breiten Masse ihre Liebesgaben. Statt des Staatsganzen gegenüber äußerem Druck, der der nationalpolitischen Wrauen deutscher Völkischer „Ebelinge“ spottet, zu kräftigen, treiben sie eine Politik der staatlichen Ohnmacht und der Verbeugung vor dem Profit. Regierung und Kapital diesseits wie jenseits der deutschen Grenzen tragen ihr gerüttelt Maß von Schuld an dem wirtschaftlichen und staatlichen Niedergang Deutschlands.

Der Rathenau-Mörder Tschow

hat, wie erst jetzt bekannt wird, vor vierzehn Tagen einen Mordversuch aus dem Justizhaus Sonnenburg unternommen. Untersuchung fand er bei einem früheren Kriegeroffizier namens Schauer. Tschow hat von seinen Mitgefängnissen erzählt, wodurch die Ungelegenheit zur Kenntnis des Gefängnisdirektors kam, der das saubere Mäntchen bereitete. Ein Gefängniswärter, der in der Sache verwickelt ist, wurde verhaftet. Der Plan soll nach dem Untersuchungsergebnis von langer Hand vorbereitet worden sein. Schauer, der schon in Krieges wegen Landesverrat festgenommen wurde, soll im Befreiungsjahre Frankreich gewechselt sein, da er die Waise hatte, nach Frankreich zu flüchten. In ganzem sind etwa 6 bis 8 Personen in den Plan eingeweiht gewesen. Der Oberstaatsanwalt hat sich sofort nach dem Mordversuch Tschows nach Sonnenburg begeben und hat dort alle für die Sicherheit des Rathenau-Mörders gefährlichen Maßnahmen geprüft und verschärft.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair.

25] (Nachdruck verboten.)

„Er wird tausend Dollars zahlen“, wiederholte Zimmermann. „Sie können es den Leuten hier sagen, wenn Sie wollen.“

„Mein Gott, nein!“ rief I. S. „Weshalb nicht?“

Aber der Beamte beachtete ihn gar nicht. Er streckte die Hände hoch, schrie: „Junger! Junger! Hier ist Herr I. S., der fünfmalbillioner, er will mit uns Mittag essen und dafür tausend Dollars zahlen.“

Einen Augenblick herzklopfend verblüfftes Schweigen. Dann brach ein wilder Lärm auf, die Leute schrien von ihren Sitzen, jubelten. Der arme I. S. stand verzagt da, genoh die Ovation nicht im geringsten.

„Geben Sie das Geld“, flüsterte Zimmermann, und der Filmlönig, dem nichts anderes übrig blieb, reichte den Stroh Banknoten dem Beamten, der auf einen Stuhl sprang und den Leuten das Wunder zeigte. „Tausend Dollars! Tausend Dollars!“ Er schaute sie vor den Augen der anderen, brüllte noch lauter: „Tausend Dollars!“

Zimmermann, gefolgt von I. S., dem Sekretär und mir, kehrte die Tische entlang, schüttelte vielen der Sitzenden die Hand, andere klopfen ihm auf die Schulter. Auch I. S. schüttelte Hände und wurde auf die Schulter geklopft. Wir setzten uns und doppelte Portionen wurden vor uns hingestellt, als wollte man dem armen Filmlönig alles noch mehr erschweren. Ich beobachtete ihn verstohlen; er genoh diese Mahlzeit ebensicher, wie Zimmermann gefehrt die seine im Prinz-Restaurant genossen hatte.

Doch war er ein guter Spieler und ließ keine Kräne in seine Suppe fallen, und Zimmermann ah mit eklatantem Anschein, denn er hatte noch nicht gefressen. Die Streiter aßen, als hätte sie weder gefressen noch zu Abend gegessen, sie lachten, plauderten, scherzten mit uns — man hätte glauben können, sie feiern ihren Sieg, der Streit sei gewonnen, alle ihre Sorgen seien zu Ende. Wichtigtig bemerkte ich an der Türe zwei gutaussehende junge Männer. Ich lasse, ich vor mir neue Adressen in der Zeitung:

Gottes Prophet verspricht Filmlönig tausend Dollars für ein Mittagessen zu zahlen.

Doch wußte ich genau, I. S. habe noch nie tausend Dollars gezahlt, ohne etwas dafür zu erhalten, und deshalb wunderte ich mich auch nicht, als er, nachdem er das Essen hinabgewürgt hatte, sich an seinen Gastgeber wandte und, seiner Umgebung nicht achtend, fragte: „So, Herr Zimmermann, unterschreiben Sie jetzt den Kontrakt?“

Zimmermann hatte seinen Stuhl gezogen, nun erwiderte er erst: „Sie müssen mich recht verstehen, Herr I. S.: Sie können mit mir keinen Kontrakt machen.“

„Weshalb nicht?“

„Unterschreiben Sie ihn, Sie würden es bereits in einer Woche bezahlen, mich bitten, ihn zu lösen.“

„Weshalb, Herr Zimmermann?“

„Weil ich Dinge vorbehalte, die mich in geschäftlicher Beziehung für Sie unzulässig machen werden.“

„Das kann nicht wahr sein, Herr Zimmermann.“

„Es ist wahr; Sie werden es bald einsehen. Schon in einem Tage werden Sie sich häuten, weil Sie mich überhaupt gekannt haben.“

I. S. blühte auf den Sprechenden, wußte nicht, ob es sich um eine schreckliche Wahrheit, oder um eine höfliche Ausflucht handelte. Herr Zimmermann rief er, „mensch die ganze Welt ist verflucht, ich werde Sie nicht verlassen.“

Zimmermann aber sprach: „Ich sage dir, ehe der Lohn wiederum träufelt, wirst du dreimal gelogenet haben, daß du mich kennst.“ Und ohne die Antwort des verblüfften I. S. abzuwarten, wandte er sich seinem anderen Nachbar zu.

Der Filmlönig verzerrte eine Weile stumm, anscheinend erschrocken. Schließlich wandte er sich an mich, fragend: „Was glauben Sie, Billig, daß er damit losen wollte?“

„Ich glaube, er meinte, Sie werden Peters Rolle spielen.“

„Peter? Peter Van?“

„Nein, St. Peter, der seinen Herrn verflucht hat.“

„Sie wissen ja“, erwiderte I. S. geduldig, „daß ich kein Literat bin.“

Als ich ins Gewerkschaftshaus zurückkehrte, erfuhr ich, daß am Abend eine Massenversammlung der Streikenden stattgefunden hatte. Sie war schon vor einigen Tagen geplant worden, sollte nun als Protest gegen die Brutalität der Polizei und die Willkür der Regierung dienen. Eine billige Nachmittagsjitzung die mit dem Proletariat besetzte, brachte einen Aufschub, von einer Anzahl Führer unterschrieben, die Klammerten, man dürfe sich nicht länger der Rosatenherrschaft beugen.

Es stellte sich heraus, daß die Führer Zimmermann auf fordern wollten, am Abend zu sprechen. Zwei von ihnen traten an mich heran; ich hätte diesen Mann reden gehört, ob ich glaube, daß er die Zuhörer zu fesseln vermöchte? Ich beachtete dies; sei voller Ernst und Würde, werde ihnen Ehre machen. Sie fürchteten, die Zeitungen würden ihn als Narren hinstellen, aber ihre Versammlung wird ohnehin in den Zeitungen schlecht wegkommen. Einer der Gewerkschaftsführer fragte mich, ob Zimmermann sehr „extrem“ sei? Es fälle ihnen auch so schon schwer genug, die Not zu bändigen, und die Unternehmer machten es immer noch schwerer. Ob ich glaube, daß Zimmermann die Not unterstützen würde? Ich erwiderte, ich konnte die Arbeiterbewegung nicht genügend, um dies beurteilen zu können; jedenfalls aber sei Zimmermann ein Freund des Friedens, würde nicht Gewalt predigen.

Die Ungelegenheit wurde etwas später geregelt, als Marx Magna in ihrer großen Limousine vorfuhr. Marx, zum erstenmal seitdem wir uns an sie erinnern können, nicht in voller Pracht gekleidet wie eine Quäkerin — ein unheimliches Phänomen. Sie trug kein einziges Schmuckstück, und ich erfuhr bald, weshalb — Sie hatte am Morgen ihren ganzen Schmutz für sechs-tausend Dollars bei einem Juwelier verkauft. Sie brachte das Geld für die Kinder der Streiker und sie hat niemanden, es für sie abzugeben. Marx pflegt stets der Welt ins Auge zu blicken und ehrlich zu sagen, was sie tut.

I. S. hand noch immer verzoren herum; zuerst verlor er diese maßlose Verschwendung zu verhindern, dann aber dachte er nach und grünte vernünftig: „Ich bekomme in Klammern meinstausend Dollars zurück.“ Als ich darauf hinwies, welchen Grund die Zeitungen für Marx's Verhalten in Zimmermanns Angelegenheiten angeben würden, grünte er noch mehr. „Hat er denn nicht das Recht, in Marx verflocht zu sein? Die ganze Welt ist in Marx verflocht.“ Natürlich hand neben uns ein Reporter, und dieser Ausspruch ging als halboffiziell in die Welt hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Die deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

Vor der Reparationskommission legte ein Vertreter des Reichsstaatskommissars, unterstützt durch Altmaterial, die Anstrengungen der deutschen Regierung zur Lieferung des vollsten Maßes der geordneten Kohle- und Koksleistungen dar und die Ursachen, die dies verhindern. Die deutschen Delegierten hätten Frankreich von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß die Reparationskommission bei Festlegung der Lieferungsprogramme die Leistungsfähigkeit der deutschen Kohlenfelder überschätzt habe. Die Kohlenlieferung stelle die Grenze dessen dar, was mit der deutschen Wirtschaft vereinbar sei. Der Prozentjah der Unterlieferung sei gering. Frankreich habe vielfach die angebotenen Kohlenmengen unbenutzt zurückgewiesen. Die offiziellen Ziffern der französischen Delegation werden angezweifelt. Deutsche und französische Sachverständige suchen augenblicklich die Differenzen der beiderseitigen Ziffern zu klären. Morgen vormittag soll der gesamte Tatbestand von deutscher Seite einer juristischen Prüfung unterzogen werden.

Sozialistische Kundgebungen in England.

Gestern abend veranstalteten in London und in den Provinzialstädten die Gewerkschaften und die Sozialisten große Kundgebungen. In zahlreichen Versammlungen wurde die sofortige Einberufung des Parlaments zur Beratung der Arbeitslosenfrage gefordert. Thomas Wilson in einer Rede besonders darauf hin, daß Deutschland möglicherweise in die Hände des Bolschewismus getrieben werde, der dann eine Gefahr für die ganze Welt bilden würde.

Um das Erdölgebiet in Vorderasien.

„Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel, daß nach Nachrichten aus türkischer Quelle, für die noch keine Bestätigung zu erlangen sei, irreguläre arabische Revolutionäre in Mesopotamien die Engländer hätten sich von Bagdad auf Hindje zurückgezogen, wo sie Befestigungen errichtet haben.

Seip in Budapest.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seip weist gegenwärtig mit seinem Außenminister in Budapest, wo er in Verhandlungen eine wirtschaftliche und politische Annäherung Österreichs an Ungarn zu erreichen strebt. Er hat bereits einige Wirtschaftsabmachungen als gesichert erklärt. Diese Verhandlungen erfolgen vor allem in der Fischölindustrie und in Südbanaten großes Aufsehen, wo man den Ungarn bekanntlich sehr feindselig gegenübersteht und die Bandenbildung Horvaths als ständige Kriegsdrohung empfindet, während man einen Ausgleich mit Österreich schon erreicht zu haben glaubt.

Auch eine vaterländische Einheitsfront...

München, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf einem vom Verband der Vaterländischen Vereine in München abgehaltenen vaterländischen Abend sah man unter den Erhöhenen Ministerpräsident von Knilling, Regierungspräsident von Kohn, den Münchener Polizeipräsidenten, den deutschnationalen Minister a. D. Dr. Koch und Adolf Hitler. Ferner hatten der „Bund Vaterland“, die Landvolkzeitung und die Schutzmannschaft Delegationen gelandt. Der Vorsitzende der Vaterländischen Verbände, Jeller erklärte die nationale Art als die erste und letzte Lebensfrage eines Volkes, und als die wichtigste Aufgabe bezeichnet er die Festsicherung des Vaterländischen Erbtes. Als Präsident des Verbandes sprach Dr. v. Kahr von den höheren Willkür der vaterländischen Vereinigungen, von den Farben schwarz-weiß-rot als dem Zeichen vom deutschen Wagnis, von der deutschen Truppe, die ein Hindernis der Wahrheit vom Tölpel gehalten und der wir wieder zu ihrem Rechte verhelfen wollen, von dem Kampf freier Weltanschauungen der nationalen, germanischen und der internationalen Materialisten. Ministerpräsident Dr. v. Knilling bezeichnete den Verband als einen starken Träger des Heimats- und Vaterlandgedankens, auf dessen Verständnis und Unterstützung er gerechnet habe, als er vor zwei Monaten den an ihn ergangenen Ruf nicht ablehnen zu können glaubte. Ferner sprach noch Ludeendorff, der auf den Idealismus des alten deutschen Herres hinwies, und Adolf Hitler, der hitlermäßig als Redner gefordert wurde. Er erklärte sich für „Hilf dir selbst, du hilfst dir Gott“. Hitler glaubt, daß es in diesem Jahre noch hart auf hart gehen wird. Ein zweites Mal würde man aber nicht mehr einen 9. November hinnehmen. (Mit denen um Knilling und Ludeendorff wird nun eine Einheitsfront empfohlen, während sie sich von Kahr und Hitler solche Reden halten lassen...)

Genosse Waigand-Bremen gestorben.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Bremen: Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Waigand ist gestorben. Sein Nachfolger im Reichstage wird der preussische Landtagsabgeordnete Lubert-Demard sein.

Genosse Waigand hat sich um die Parteioffiziere in Bremen, die er in schwerer Zeit aufrecht erhielt, und ebenso die Vertretung der arbeitenden Klassen in der Bremer Bürgerschaft die größten Verdienste erworben. Er war — geborener Süddeutscher — einer der humorvollsten Redner des Bremer Landesparlamentes und brachte seine liebenswürdige Art auch im Reichstage zur Geltung. Hier hat er sich vor allem bei der Wahrnehmung der Rechte der Auslandsdeutschen aber auch als Mitglied des Steuerausschusses verdient gemacht. Die Bremer Genossen haben einen ihrer Besten in Waigand verloren.

Ein Hungerstreik in der Dresdener Versorgungsanstalt Glasewaldstraße

ist auf dem Verhandlungswege beigelegt worden. Die Inassen der Anstalt erreichten, daß ihnen eine Morgensuppe und eine Milchsuppe bewilligt wurden. Im Versorgungsanstaltenhaus Leipzig-Gohlis, von wo die Bewegung ausging, ist es zu einem Streik nicht gekommen. Das Tagelohn für die Versorgungsanstalten ist für das ganze Reich inzwischen erhöht worden, so daß einer der Hauptgründe für den Streik wegfiel.

Aus aller Welt.

Vom Schicksal der Arbeit.
Bei Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft in Essen, explodierte nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, ein Sauerstoffapparat, wobei acht Arbeiter schwer verletzt wurden. Zwei sind nach längerer Zeit wegen Verwundungen erlegen, die übrigen sechs Schwere in Lebensgefahr.

Watermord.
In Wiedemar bei Halle wurde der Gutsbesitzer Kahlmann, als er auf das Feld der Hofwunde hin in den Garten ging, durch drei Schüsse getötet. Tags darauf wurde sein Sohn, der Gärtner Otto Kahlmann, verhaftet. Er gestand, daß er mit seiner Frau, der 21 Jahre alten Schimpfe, die der Vater nicht als Schwiegerkinder haben wollte, den Mord verübt habe. Die beiden jungen Leute wurden nach Halle ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Gewerkschaftsbewegung.

Was will der Deutsche Hebammenbund?

Uns wird geschrieben:

Neben der Regelung der Berufsverhältnisse und der Erledigung des Hebammenwesens im Preussischen Landtag hat die Frage des gewerkschaftlichen Organisations das Interesse der Hebammen in letzter Zeit am stärksten in Anspruch genommen. Die Erkenntnis, daß die alte V.D.G. den Bedürfnissen und dem Geiste der neuen Zeit angepaßt werden muß, wenn sie weiterhin die Interessen der deutschen Hebammen wahrnehmen und auch in Zukunft das Bindeglied der Hebammenarbeit im Reich bleiben soll, ließ einen Teil der Hebammen, die über genügend Weisheit verfügten, den Kampf um die Reorganisation der Vereinigung aufnehmen.

Die alten Führerinnen jedoch, weit davon entfernt, ihr persönliches Interesse dem Interesse der Gesamtheit unterzuordnen, glaubten, daß der Kampf ihnen persönlich gilt und verschoben ihn deshalb vom sachlichen auf das persönliche Gebiet. Ihrer Kurzsichtigkeit ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß heute die deutsche Hebammenarbeit in Dutzenden von Vereinen und Vereinen gespalten ist, die jeden Zusammenhang miteinander verloren haben, und daß die Einheitsorganisation der deutschen Hebammen auf Jahre hinaus ein Wunsch aller derjenigen bleiben wird, die um der Sache und nicht um der Person willen für die Vereinigung aller deutschen Hebammen streben.

Viele Zustände beweisen eine Schwächung der organisatorischen Kräfte der deutschen Hebammenarbeit, dem wir nicht länger tatenlos zusehen dürfen. Schwer lastet die wirtschaftliche Not der Zeit auf den deutschen Hebammen. Um dieser Not zu steuern, um das Einkommen der Hebammen den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und die Älteren unter uns vor dem Verhungern zu schützen, müssen wir uns wieder zusammenfinden.

Aber nicht einer Vereinigung können wir uns anstellen, die sich in persönlichen Kämpfen aufreibt, die das Merkmal des Zerfalls an ihrer Spitze trägt, sondern wir brauchen dazu eine Organisation, die in harten wirtschaftlichen Kämpfen erprobt ist und den Hebammen Schutz und Stütze sein kann. Diese Organisation ist der

Deutscher Hebammenbund.

Der Deutsche Hebammenbund ist der Reichssekktion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter angegliedert. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zählt heute rund 200.000 Mitglieder, von denen rund 50.000 in der öffentlichen Gesundheitspflege tätig sind und der Reichssekktion Gesundheitswesen angehören. Da der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Beamte, Angestellte und Arbeiter in sich vereinigt, ist er sowohl dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wie auch dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen und führt damit den Hebammen eine Unterstützung in ihrem Berufskampf, die keine andere Hebammenorganisation zu leisten imstande ist.

Der Deutsche Hebammenbund bezweckt die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Hebammenarbeit; er fordert:

- Regelung des Hebammenwesens durch Reichsgesetz.
- Darin muß insbesondere vorgehoben sein:
 - Feste Ausbildung und Weiterverpflichtung der Hebammen.
 - Eine diesbezügliche, für die Hebammen:
 - Sicherung eines ausreichenden Einkommens und Festsetzung der Gebührenordnung unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen.
 - Unterstellung der Hebammen unter die Versicherungsregeln.
 - Gewährleistung eines unfähigen Erholungsurlaubes ohne Einbuße im Einkommen.
 - Im Krankheitsfalle Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und gesetzlich festgelegtem Einkommen.
 - Ausreichende Entschädigung bei der Teilnahme an Fortbildungskursen.
 - Wahlberechtigungsrecht in allen Berufsfragen.

Diese Forderungen durchzuführen und zu unterstützen, muß die Aufgabe der gesamten deutschen Hebammenarbeit sein. Jede Kollegin muß mitarbeiten an der Schaffung der Einheitsorganisation der deutschen Hebammenarbeit im Deutschen Hebammenbund. Freigewerkschaftlich organisierte Beamte, Angestellte und Arbeiter bitten wir, diesen Aufruf bei ihren bekannten Hebammenvereinen sowie Versammlungen an die Gausleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Abteilung Deutscher Hebammenbund Breslau, Margaretenstraße 17. Die Ortsauskünfte der Provinz bitten wir, die Delegierten auf ihre Mitarbeit hinzuweisen.

Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne.

Am Montag vormittag wurden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Neuregelung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt. Die Unternehmer verzichteten nach wie vor auf ihrem Standpunkt, die Lohnerhöhungen erst am 15. Januar in Kraft treten zu lassen, während die Arbeitnehmer sie schon für die Zeit ab 1. Januar forderten. Unter diesen Umständen sah sich das erste Schiedsgericht genötigt, seine Arbeit einzustellen. Die im Anschluß hieran stattfindenden Einzelgesprächen zwischen den Beteiligten führten bis 8 Uhr abends zu keinem Ergebnis. Man will aber im Hinblick auf die gespannte Lage im Ruhrgebiet noch im Laufe der kommenden Nacht eine Entscheidung herbeiführen.

Die am Montag nachmittag begonnenen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Neuregelung der Staatsarbeiterlöhne dauerten um 8 Uhr abends noch an.

Safenarbeiterzeit in Stettin. Die Stettiner Safenarbeiter sind heute vormittag wegen Lohnhöhen in den Auslass gestreut. Im Hafen hat jegliche Arbeit und Ladefähigkeit aufgehört. Die Arbeiter verlangen eine 50-prozentige Lohnhöhung ab 1. Januar.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Aus dem „Kreis“ Schosnig.

Unter anderem besitzt der „Kreis“ Schosnig eine Ziegelei, die dem Herrn Landrat a. D. Dr. Wichelhaus gehört. In dieser Ziegelei wurde als Ziegeleimeister Herr Franz Klar mit einem geradezu fürstlichen Gehalt beschäftigt. Der Mann war seit 1. April 1914 dort in Stellung und bezog noch im August 1922 ein Monatsgehalt von 1000 Mark, in Worten: eintausend Mark. Da diese tausend Mark zum Leben zu wenig, zum Sterben aber zu viel waren, trat der Ziegeleimeister an den Herrn Landrat mit der Bitte, ihm den Monatsgehalt aufzubessern. Er verlangte schließlich 5000 Mark und nachdem sich das der Herr Landrat „überlegt“ hatte, gab er dem Manne 4000 Mark.

Aber Herr Dr. Wichelhaus hatte noch billigere Arbeitstätige. Die Tochter des Herrn Klar, die bis zu ihrer Verheiratung in der Ziegelei beschäftigt war, leitete auch nach ihrer Verheiratung aus Gefälligkeit und ohne jeden Entgelt wertvolle Arbeit, für die sich der Herr Landrat einmal erkenntlich zeigen wollte. Eines Tages nun kam es zu Differenzen zwischen dem Ziegeleimeister und seinem „Brut“herrn, die in einer Kündigung endeten. Die Art und Weise, wie Herr Dr. Wichelhaus den Ziegeleimeister vor der gesamten Arbeiterchaft in seiner Berufslehre kränkte, veranlaßte die Tochter ihre freiwillig erteilte Arbeit ebenfalls nicht mehr zuzulassen. Nun reichte der Herr Landrat die Ermittlungsfrage ein, der auch vom Amtsgericht Genth statgegeben wurde.

Und nun folgte eine echt christliche Handlung, vor der jeder Hebe demütig stehen muß. Zur Zeit nämlich, als die Ermittlung erfolgen sollte, war der Ziegeleimeister an Grippe erkrankt und bettlägerig. Seine Frau lag an Herzkranzkrämpfen ebenfalls nicht unbedenklich danieder. Das alles führte Herrn Dr. Wichelhaus nicht, der wie Schindler auf seinem Schein bestand. Der Gerichtsvollzieher lenkte also die Familie zwar nicht auf die Straße, aber in eine Behausung, die nach ärztlichem und polizeilichem Gutachten noch nicht einmal zur Unterbringung von Vieh geeignet ist. Das erste ärztliche Zeugnis über den Gesundheitszustand des Ziegeleimeisters lautet wörtlich:

„Herr Franz Klar ist seit mehreren Tagen an Grippe erkrankt und zur Zeit bettlägerig. In diesem Zustande ist eine gerichtliche Exekution nur mit schweren Gefahren für den Kranken möglich und aus diesem Grunde bis auf weiteres auszusetzen.“

Aber der Herr Landrat dachte nicht an Aussetzen, sondern an Auslegen, bis ihm die Polizei noch einen Strich durch die Rechnung machte, und dem schwerkranken Mann wieder seine alte Wohnung zumies.

Dieses Werk christlicher Nächstenliebe ist im Jahre 1923, kurz nach dem heiligen Feinde der Geburt des Heilandes, dessen ganzes Leben lautere Liebe zu seinen Mitmenschen war, zu Schosnig, Kreis Breslau, geschehen.

Vergessen hätten wir fast mitzuteilen, daß außer dem fürstlichen Gehalt von 1000 Mark, dem Ziegeleimeister ein stiller Kartoffelstand und ein Gemüsegarten zur Verfügung stand. Im vorigen Jahre durfte er sogar das Obst abernter, weil — feins auf den Bäumen war.

Aus Schlesien.

Die Mordgräfin Schlieffen immer noch in Freiheit.

Im Januar vorigen Jahres fand in Görtitz vor dem Schwurgericht in dreitägiger Verhandlung ein großer, aufsehenerregender Mordprozess statt. Auf der Angeklagten saßen die Gräfinin Eva v. Schlieffen, deren Sohn Hans-Heinrich, ihre Gesellschafterin, ein Görtitzer Gemüschändler und ein junger Student. Der Anklage lag ein Mordverbrechen an dem Grafen Ernst-Martin v. Schlieffen und dessen Sohn Graf Georg Wilhelm in Schlieffenberg (Meklenburg) zu Grunde. Die gräfliche Familie bestand sich in großer finanzieller Bedrängnis, und deshalb wurde beschloffen, den Grafen Georg-Wilhelm zu ermorden, damit der Sohn Hans-Heinrich der Gräfinin v. Schlieffen Erbe des Majorats werde.

Die Gräfin war, wie die Verhandlung ergab, die Urheberin des Mordplanes. Zudem kam sie zuherd kühnlich davon. Wegen Aufrechterhaltung der Forderung eines Verdrachens wurde sie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und ihr auf die gleiche Zeit die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Das kann Glaubwürdige an der Geschichte ist nun, daß die Gräfin Schlieffen bis heute ihre Strafe noch nicht angetreten hat, sondern in einer Pension Gertrich in Görtitz, Gartenstraße 2, freudig und vergnügt lebt. Unterem Görtitzer Parteiblatt wurde diese Tatsache von der zuständigen Staatsanwaltschaft bekannt. Begründet wurde der bisher unterlassene Strafprozess mit der Hinterziehung der 47 Jahre alten Gräfin. Die Verurteilung steht nach weiteren Angaben der Staatsanwaltschaft unter ärztlicher Kontrolle und soll zuweilen unversehens auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden. Ein Richter, Dr. Werner, als Sachverständiger des Gerichts, erklärte die Gräfin für haltlos. Die Staatsanwaltschaft selbst behauptet sich gegen diesen Beschluß als machtlos. In der Gerichtsverhandlung hat derselbe Richter als Sachverständiger behauptet, daß die Gräfin einen durchaus normalen Eindruck auf ihn gemacht habe und nach seiner Ansicht vollständig gesund sei.

Das ist höchst sonderbar! Wie stellen sich das Preussische und das Reichs-Justizministerium zu dieser heiklen Angelegenheit? Wäre die Urheberin dieses Mordverbrechens keine Gräfin, dann würde sie sicher längst hinter Schloß und Riegel sitzen. Seit wann ist übrigens Hysterie ein Grund zur Haftunfähigkeit?

Schweidnitz. Die Strafkammer verhandelte gestern gegen 20 Angeklagte, die am 1. Juli auf dem Marktplatz in Schweidnitz die Polizeiwache kirmten. Sämtliche Angeklagten wurden verurteilt, zum Teil zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre neun Monate — darunter auch zwei Frauen, die je ein Jahr Gefängnis erhielten.

Parteiengenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Jede Nähmaschine

alte, neue, schadhafte 1729
kaufe ich zu höchsten Preisen
Wienziers, Gräblichener Straße 45.

Gold-, Silber-,
Platin-Bruch, 700:
Zähne, Gebisse
zahlt höchste Preise
Edelmetall-Einkaufs-Spezialhaus
Bahnhofstr. 20, II. Esg.

Wohnungen
Lahme schöne Wohnung mit Hausbesitz gegen ebensolche ohne Verrentung. Neue Waldstr. 109

Käufe
Achtung!
Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Weltmarktpreise für Altimetalle
Kupfer, Nickel, Messing, Zinn, Blei und Eisen zahl Metallschmelzerei Otto Glück, Glimmerstraße 3, Berlin, S. 100

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Altimetalle!
Zahle enorm hohe Preise für Kupfer, Messing, Zinn, Zinn u. Blei zum Selbstverbrauch.

Führende Häuser des Breslauer Großhandels.



**Aktiengesellschaft
für Webwaren und Bekleidung**
Breslau 5, Gartenstraße 7

C. Lewin
Pelzkonfektion - Rauchwaren
BRESLAU
LEIPZIG Nicolaistr. 27/28
BERLIN C 19 Neue Oranienstr. 31
FRANKFURT a. M. Hochengasse 21
KÖNIGSBERG PR. Steindamm 123/27

Moritz Herrstadt
Kleiderstoff-Großhandlung
BRESLAU I :: Karlstraße 30

Jacobowitz & Silberstein
Gegr. 1884 **Textilwaren en gros** Gegr. 1884
Ständiger Neueingang in Leinen- und Baumwollartikeln jeder Art
Antonienstr. 2/4 (Pokoyhof) **BRESLAU I** Fernsprecher Ring Nr. 552

M. Forell & Co. **Großhandlung**
Kurzwaren - Knöpfe - Posamenten
Spitzen - Stickereien - Bijouterien
Haarschmuck
BRESLAU I **Karlstraße 36**
Fabrikation
moderner Weißwaren
Gürtel - Hosenträger

Israel & Skupin **Großhandlung**
Kurzwaren Knöpfe Besätze
Breslau **Königsberg Ostpr.**
Büttnerstraße 82/88 Steindamm 128/129

Berthold Loewenberg **Kleiderstoff-Großhandlung**
Tel. Ring 5696
BRESLAU I, Schloßhale 5, Ecke Dorotheengasse

Gebr. Peiser
Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik
Schweidnitzer Straße 38/40 **BRESLAU** Telephon Ring Nr. 2568

Louis Weiß
Ledergroßhandlung
BRESLAU I - Wallstraße 13 - Telephon Ring 1493 und 7862

A. Graebisch
Lederlager und Kommission
BRESLAU I - Roßmarkt 11 - Telephon Ring 308

Hermann Scholz
Ledergroßhandlung
Gegründet 1886
Breslau I :: Antonienstraße 2/4
Fernsprecher Ring 794
Reichsbank-Girokonto: Städtische Bank
Postcheckkonto 121

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt der Züge von Breslau - HB.

Schneelüge wird durch starken Druck herangezogen. D = Durchgangswagen. V = Werktags. S = Sonntags
Richtung Liegnitz-Sagan und Koblifurt-Berlin
Bahnhof 3.
Koblifurt-Berlin 1230 D 610 1110
Dresden 344 D 610 900 D 1142 908 322 D
Halle-Kassel 584 D
Sagan-Berlin 1230 D 601 1100 D 322 D 84
Koblifurt-Görlitz 714 1110
Liegnitz 737

Richtung Carlsmarkt.
Bahnhof 3.
Laskowitz-Beckern 527 180 1125 Nachts
von Sonntag zu Montag bis Carlsmarkt
Oppeln 640 1030 610 820
Beschleunigter Personenzug 2.-4. Klasse.
Vorortzüge.
Bahnhof 3.
Kattern 435 535 W 638 800 1034 1218
140 281 380 440 620 690 840
908 1030 1214
Brockau 527 538 640 800 1030
1135 130 610 880 1125

P. KLOSS
Elektrische Licht- und Kraftanlagen.
Fabrik und Lager mod. Beleuchtungskörper.
Ständiges Lager elektrischer Maschinen,
Heiz- und Kochapparate.
Ingenieur-Büro
BRESLAU I, Nikolaistraße Nr. 7
Fernsprecher Amt Ring 4467
Gegründet 1842

Heymann Daniel
Breslau XI, Büttnerstraße 1
Leder-Großhandlung
Ständiges Lager von Ober- und Unterleder
Spezialität: Mollische & Sagersche Fabrikate

Thorwarth & Hielscher
Breslau, Tauentzienstraße 41
Telephon: Ring 3495 und 7601
Fahrräder und Teile en gros
D.K.W. Hilfsmotoren Lieferung nur an Händler

Fritz Sachs & Co. **Kleiderstoff-Großhandlung**
Breslau **Berlin**
Karlstraße Nr. 36 Spandauer Straße 29
Gegründet 1868

B. GUTTENTAG
Herren- und Knabenkleiderfabrik
Gegr. 1850
BRESLAU I Büttnerstraße 26/27 Tel. Ring 1797

HOFFMANN & COHN
Engros **Strumpfwaren :: Trikotagen** **Export**
Handschuhe :: Wollwaren
BRESLAU I, Schloßhale Nr. 16, an der Karlstraße

Reserviert

Caesar Reichert
Breslau **Karlstraße 12** **Telephon Ring 924**
Leinen- und Baumwollwaren-Großhandlung

Goldenkranz & Grünfeld
Breslau I. **Karlstraße 40/41**
Trikotagen-, Strumpfwaren- und Wollwaren-Großhandlung

Tichauer & Guttentag
Breslau I, Dorotheengasse 8 - **Telephon: Ring Nr. 1846**
Tuche und Futterstoff-Großhandlung

David & Schäfer
Wachstuch, Läufer, Teppiche, Decken und Gardinen en gros
Breslau **Karlstraße 9/10** **Tel. Ring 1433**

Brodek, Lewin & Co.
Herren- und Knabenkleiderfabrik
BRESLAU, **Schweidnitzer Straße 107/11** - **Telephon Ring 5994**

Pollack & Adler
Herren-Kleider-Fabrik - **Breslau, Pokoyhof** - **Telephon Ring 3687**

Mützen, Filz- und Strohhüte
Gebüder Cohn
Breslau 4 - **Antonienstraße 2/4, am Karlsplatz** - **Pokoyhof**
Reichhaltige Kollektion - Große Lager - Muster gegen Referenzen zu Diensten

Adolph Caro - Breslau
Spezial-Hosenträgerfabrik
Karlstraße 36, III. und IV. Etage - **Telephon Ring 7268**